



## **Zwilling's Blickwinkel** **Deutschlands Untergang ohne Regierung**

„Wir werden unsere Wählerinnen und Wähler nicht im Stich lassen, indem wir eine Politik mittragen, von der wir im Kern nicht überzeugt sind“, Christian Lindner 20.11.2017 – könnte auch lauten „Wir werden die Wähler und Wählerinnen der Bundesrepublik im Stich lassen, indem wir eine Politik nicht mittragen, wo wir bedingt Schaden hätten begrenzen können“.

Haben wir Blinde Jamaika Verhandlungsführer bei der Bundeswahl als Abgeordnete in den Bundestag geschickt oder dachte Lindner, dass er sich mit Trittin einigen könnte, wo der Feldhamster für ein Glasfaserkabel weichen muss. Soviel Denkvermögen hätte ich den Verhandlungsführern vor Eintritt in die Verhandlungen schon zugetraut.

Weltuntergang – eines der stärksten Länder in Europa hat keine Regierung. Deutschland ohne politische Gestaltungsmöglichkeit, Deutschland handlungsunfähig. Kommentare im Netz, die die Schmerzgrenze der Dummheitstoleranz überschreiten.



Deutschland hat eine stabile Demokratie, wo das Volk bestimmt hat, wer in den Bundestag einzieht. Zu betonen, demokratisch gewählt, worauf wir stolz sein können, auch wenn das manche gewählten Abgeordneten anders beurteilen. Bei dem Gejammer der politischen Ohnmacht Deutschlands bei einer geschäftsführenden Regierung, wäre die kausale Folge, dass der Bundespräsident diktatorisch eine Regierung bestimmen müsste. Schon mal darüber nachgedacht?

Jammern, Jammern wie wir Deutsche es lieben, ohne den Verstand einzuschalten.

Der Deutsche Bundestag trat 30 Tage nach der Bundestagswahl erstmalig zusammen, gemäß Art. 39 GG. Mit dem neu gewählten 19. Deutschen Bundestag endet das Amt der Bundeskanzlerin und der Bundesminister, gemäß Art 69 GG.

Aufgabe des neu konstituieren Bundestages ist es, die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler zu wählen. Vorgeschlagen wird dieser vom Bundespräsidenten. Bei der Wahl muss die vorgeschlagene Person mehr als die Hälfte der Stimmen der Bundestagsabgeordneten bekommen, die Kanzlermehrheit.

Da im 19. Deutschen Bundestag keine Partei die Mehrheit der Stimmen hat, sind Koalitionsverhandlungen nötig. Diese sind bis zur konstituierenden Sitzung nicht abgeschlossen, noch begonnen.

Die Väter des Grundgesetzes haben aus Erfahrung der geschichtlichen Vergangenheit auf eine stabile Demokratie gesetzt und eine ununterbrochene Handlungsfähigkeit per Verfassung geregelt.

Für den jetzt eingetretenen Fall, sieht das Grundgesetz gemäß Art. 69 GG vor, dass die Bundeskanzlerin oder der Bundeskanzler auf Ersuchen des Bundespräsidenten bis zur Ernennung des jeweiligen Nachfolgers geschäftsführend im Amt bleibt. Auch die Mitglieder des Bundeskabinetts sind verpflichtet, die Geschäfte auf Ersuchen der Bundeskanzlerin oder des Bundespräsidenten weiterzuführen.

Eine geschäftsführende Regierung besitzt dieselben Befugnisse wie eine „regulär“ im Amt befindliche Regierung. Bislang war es allerdings gängige Staatspraxis, keine weitreichenden Entscheidungen zu treffen, die eine nachfolgende Bundesregierung binden würden.

In jedem Falle aber, bleibt die Bundesregierung vollständig handlungsfähig, bis eine neue Regierung gebildet ist. Es entsteht keine Vakuum, noch ein Zustand der Handlungsunfähigkeit im Land und auch gegenüber dem Ausland.



Alle Hysterie und Aufgeregtheit ist kontraproduktiv und schädlich. Das Grundgesetz hat diese Regel zur Stabilität der Demokratie, Freiheit für unser Land verfasst. Es ist sinnvoller, es bildet sich eine stabile Regierung mit klar geregelten Aufgaben, Themen usw., als eine durch Druck gezwungene Koalition.

Die Diskussion sollte zur Vernunft des Machbaren zurückkehren. Egomane, Rächer der Vergangenheit, Extreme, Unbelehrbare usw. haben am Verhandlungstisch nichts verloren. Hat das Volk hier bei der Wahl die falschen Kandidaten, die falschen Parteien gewählt und die Erkenntnis erst nach der Wahl, durch die Handlung der Protagonisten, gibt es nur eine Antwort, aus der Demokratie, für die Demokratie – fragt das Volk erneut, mit der klaren Botschaft, mit einer solche Konstellation der Zusammensetzung des Bundestages ist keine Regierung zu bilden.

(Jürgen Zwilling)

(<http://juergen-und-ursula-zwilling.de>)

21.11.2017



Impressum: Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes Jürgen und Ursula Zwilling, Rubensallee 49, 55127 Mainz - [juergenzwilling@auc-zwilling.de](mailto:juergenzwilling@auc-zwilling.de) - Tel: 06131/73591 oder 0172/2907474 - Fax: 06131/7925. Alle Texte und Bilder sind urheberrechtlich geschützt - keine Weitergabe oder Nutzung ohne schriftliche Zustimmung.